

Pressemitteilung

06.02.2025

Entwarnung für Kulturvereine und soziale Träger: Stadt beginnt mit Freigabe von Mitteln

Gute Nachrichten für Erfurts Kulturvereine und soziale Träger: Die Stadtverwaltung hat mit der Freigabe erster Mittel begonnen, nachdem in diesem Jahr erneut Bewirtschaftungssperren verhängt wurden. Dies geht aus einer Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage von Stadtrat André Grenzdörffer (SPD) hervor.

Laut der Antwort wurden bereits erste Freigaben erteilt, darunter Zuschüsse für das Kulturquartier Schauspielhaus sowie die Jüdisch-Israelischen Kulturtag in Thüringen. Insgesamt liegen bislang elf Anträge auf Mittelbewilligung vor, die derzeit geprüft werden.

„Nach den Unsicherheiten der letzten Wochen ist es beruhigend zu sehen, dass erste Mittel fließen. Jetzt müssen die Fachämter sicherstellen, dass auch weitere Förderungen zügig beantragt und bearbeitet werden“, betont André Grenzdörffer.

Während es in den Jahren 2021 und 2023 keine Bewirtschaftungssperren gab, wurden für 2024 insgesamt 6,13 Millionen Euro gesperrt. 2025 waren es sogar rund 25 Millionen Euro. Dies zeigt, dass die Finanzlage angespannter ist als in manchen Vorjahren, aber die Stadt dennoch handlungsfähig bleibt.

Die Verwaltung betont, dass die Bearbeitungsdauer für Freigabeanträge zwischen zwei und zehn Arbeitstagen liegt. Damit können Vereine und soziale Träger darauf hoffen, dass dringend benötigte Gelder in absehbarer Zeit freigegeben werden.

Ein wichtiger Punkt: Freie Träger können selbst keine Anträge auf Mittelbewilligung stellen. Dies geschieht ausschließlich über die zuständigen Fachämter. Diese müssen sicherstellen, dass die Anträge fristgerecht gestellt werden.

„Es ist wichtig, dass hier keine Missverständnisse entstehen. Vereine sollten sich aktiv mit den zuständigen Fachämtern austauschen, damit ihre Fördermittel rechtzeitig beantragt und freigegeben werden“, erklärt André Grenzdörffer.

Ein Kritikpunkt bleibt: Die Stadtverwaltung kann derzeit keine detaillierte Liste über frühere Freigaben bereitstellen, da dies mit zu großem Verwaltungsaufwand verbunden wäre. „Hier wäre mehr Transparenz wünschenswert, um nachvollziehen zu können, wie Gelder in den letzten Jahren verteilt wurden.“, so Grenzdörffer abschließend.

André Grenzdörffer (SPD)

stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses